

Österreichs Pensionsreform erregt Gemüter

In Österreich wird man künftig länger arbeiten müssen und kleinere Renten kriegen. Kein Wunder, stösst die Pensionsreform der Regierung auf heftigen Widerstand.

Von **Silvia Höner, Wien**

Dass sie kommen musste, die einschneidende Pensionsreform, war seit langem klar. Halbherzig nur hatten die bisherigen Regierungen Korrekturen am System vorgenommen. Kaum waren jeweils Wahlen in Sicht, wurde das Thema wie eine heisse Kartoffel fallen gelassen, denn jedem Politiker, gleich welcher Couleur, ist klar, dass man sich an einer Pensionsreform in Österreich, dem Land der glücklichen Frühpensionäre, nur die Finger verbrennen kann. So gesehen beweist Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Mut, indem er sich gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit des schwierigen Brockens annimmt.

Österreichs Pensionssystem ruht im Wesentlichen auf einer einzigen nach dem Umlageverfahren finanzierten Säule. Rund ein Drittel der laufenden Ausgaben der Republik oder an die 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes fließen in die gesetzliche Altersvorsorge. Hinzu kommt, dass in Österreich drei von vier Arbeitnehmern vor dem gesetzlichen Pensionsalter (65 Jahre für Männer, 60 Jahre für Frauen) in Frühpension gehen. Das durchschnittliche Pensionsalter beträgt 58 Jahre. Staatsnahe Betriebe wie Post, Telecom und Bundesbahnen schicken Mitarbeiter dank zahlreicher Ausnahmeregelungen gern schon mit 50 Jahren in Rente.

Gegen «Rentenklausen»

Und der Staat als grösster Arbeitgeber hat sich angewöhnt, seinen riesigen, unkündbaren Beamtenapparat mittels finanziell attraktiver Frühpensionierungen etwas zu dezimieren. Die Kosten für diese versteckten Sparmassnahmen tragen die jüngeren Arbeitnehmer und die Steuerzahler. Doch mit der gestiegenen Lebenserwartung müssen immer weniger Berufstätige immer mehr Rentner erhalten. Österreichs Pensionssystem droht der Kollaps. Reformen, die nur Einschnitte bedeuten können, sind unumgänglich.

Einschnitte sind in dem nun vorliegenden Entwurf der Mitte-rechts-Regierung tatsächlich vorhanden. Die zwei wichtigs-

ten: Das gesetzliche Frühpensionsalter (derzeit 61,5 Jahre für Männer, 56,5 Jahre für Frauen) wird bis 2009 schrittweise dem gesetzlichen Pensionsalter angeglichen. Und statt der besten 15 Jahre wird sukzessive bis 2028 das gesamte Arbeitsleben (40 Jahre) die Berechnung der Rente bestimmen. Der Aufschrei in Öffentlichkeit und Medien ist so gross, dass er sogar den Schlachtenlärm aus dem Irak zu übertönen droht. Gewerkschaften und Opposition sprechen von «Rentenklausen» und «Pensionsraub». Sie drohen mit Protestaktionen und verlangen Änderungen. In den Zeitungen werden seitenweise Rentenbeispiele vorgerechnet, die belegen, dass künftige Rentner mit Kürzungen von 10 Prozent an weit aufwärts rechnen müssen. Besonders benachteiligt sind im neuen System vor allem Frauen, die der Familie zuliebe etliche Jahre zu Hause bleiben oder Teilzeit arbeiten.

Doch die heftigste Opposition gegen das Regierungsprojekt kommt unterdessen aus der Regierung selber, nämlich vom kleinen Koalitionspartner FPÖ. Der Vizekanzler, FPÖ-Parteichef und Sozialminister Herbert Haupt, der die Pensionsreform zusammen mit dem ÖVP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein vorgestellt hatte, ist plötzlich unter die Kritiker gegangen. Auslöser dieses verblüffenden Sinneswandels ist wieder einmal der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider. In altbekannter Manier macht er auf Opposition gegen

die Regierung und fordert eine Volksabstimmung über die Pensionsreform.

Haupt als treuer Diener Haiders findet diese Idee gut, die ÖVP lehnt sie kategorisch ab. In den Medien wird eifrig darüber spekuliert, ob damit Schwarz-Blau II, kaum im Amt, schon wieder vor dem Aus stehe. In der verärgerten ÖVP, so heisst es gerüchteweise, werde ein fliegender Koalitionswechsel zu den Grünen erwogen. Andere Stimmen halten das Verhalten der FPÖ für Theaterdonner. Ihr gehe es lediglich darum, die ÖVP ein bisschen unter Druck zu setzen, um sich danach ein paar Abschwächungen der Pensionsvorlage auf die eigene Fahne schreiben zu können.